



Schlussbericht

Nach Beginn der Arbeiten zur Erschließung des Gewerbegebietes Langes Feld sind in diesem abschließenden Bericht die Fakten und Argumente gegen die Bebauung des Langes Feldes zusammengefasst. Überschneidungen mit den Aussagen der Informationsbriefe sind dabei unvermeidbar. Die Argumente der Stadt werden bewertet, die negativen Auswirkungen der Bebauung des Langes Feldes dargestellt und die Behandlung der Bürgerinteressen dokumentiert.

Entgegen allen Interessen und Voten der Kasseler Bürger hat die Stadt die Voraussetzungen zur Bebauung des Langes Feldes geschaffen, obwohl wir alle Begründungen der Stadt für eine Bebauung widerlegt haben!

Die Stadt behauptet: Es gibt einen Bedarf an Gewerbegrundstücken!

Die HNA (29.05.2014) beruft sich auf Aussagen von OB Hilgen: „Einen Großinteressenten gebe es bereits, man stünde in Verhandlungen. Namen würden aber noch nicht genannt. Die Stadt rechnet mit einem Gewerbeflächenbedarf von 70 ha bis zum Jahr 2020.“

Die Erfahrung bei Grundstücksgeschäften zeigt, dass Bauinteressenten mit mehreren Grundstücksanbietern verhandeln. Einen potentiellen Investor mag der OB schon gesprochen haben, doch nur ein Investor mit ernstem Interesse wird sich durch eine Option das Grundstück sichern. Für die Stadt ist es ein großes Risiko, Grundstücke ohne eine ökonomisch abgesicherte Option zu erschließen. Erst wenn eine ökonomisch unterlegte Option des Investors bei der Stadt vorliegt, kann von einem ernsthaften Kaufinteresse ausgegangen werden.

Unrealistisch ist der Gewerbeflächenbedarf von 70 ha bis 2020. Alle demographischen und wirtschaftlichen Daten widersprechen diesem Bedarf:

Aus: Immobilienmarktbericht 2014 des Gutachterausschusses Kassel:

Alle in dem angegebenen Jahr gehandelten Gewerbeflächen, die neu erschlossenen Flächen und die innerstädtischen Flächen (innerstädtische Brachen)

Im Jahr	2012	2013
Fläche	2,7 ha	1,2 ha
Durchschnittlicher Grundstückspreis	45 €/m ²	37 €/m ²

In den Jahren zuvor sind bis zu 6 ha pro Jahr gehandelt mit einem Durchschnittsbetrag von 60 €/m².

Aus: Statusbericht 10/2012 des ZRK zum Siedlungsrahmenkonzept SRK 2015

Zeitabschnitt	Bautätigkeit auf freien Flächen in ha		Bautätigkeit auf suboptimalen Flächen in ha	
	Kassel	ZRK*	Kassel	ZRK*
11/09 - 10/10	0,0	2,0	2,7	4,4
11/10 - 10/11	1,1	3,1	0,3	2,3
11/11 - 10/12	2,8	25,7**	0,3	1,0

* Gesamter Zweckverband einschließlich Kassel

** Davon Baunatal alleine 15,2 ha

Gewerbeflächenreserve auf freien und suboptimalen Flächen 2012:
Kassel: 81,5 ha, ZRK*: 150 ha

Auswertung der Daten: In Kassel sind in den letzten zwei Jahren nur wenige Flächen zu einem immer geringeren Preis veräußert. Sowohl die wenigen Flächen als auch der Preisverfall deuten auf einen geringen Bedarf. Unterstützt wird diese Aussage durch die Daten des Zweckverbandes, der bei einer nur geringen Bautätigkeit eine Flächenreserve von 81,5 ha für Kassel ausweist.

Die Stadt behauptet: Die Bebauung dient der Reduzierung der Arbeitslosigkeit!

Die Arbeitslosigkeit ist von vielen Faktoren abhängig. Die Entwicklung und/oder die Ansiedlung eines Betriebes hängen von den Möglichkeiten an dem Standort ab. Die Stadt setzt nur auf die Bereitstellung von Baugrundstücken. Baugrundstücke sind ausreichend mit einem zurzeit günstigen Preis vorhanden.

Eine auch von der Stadt zu beeinflussende Möglichkeit ist das Angebot qualifizierter Arbeitskräfte. Wenn schon ansässigen Betrieben qualifizierte Arbeitskräfte fehlen, wie soll dann ein potentieller Investor Arbeitskräfte finden?

Die HNA (31.10.2013) stellt fest: „Fachkräfte sind weiter Mangelware“ auch bei noch 892 freien Stellen und 18 958 Arbeitslosen. „Dennoch gibt es nach wie vor Unternehmen, die händeringend Personal suchen. Allerdings mangelt es häufig an geeigneten Fachkräften. Daher betrachtet die Arbeitsagentur die Qualifikation von Arbeitslosen zunehmend als ihre zentrale Zukunftsaufgabe“.

Laut Arbeitsagentur (HNA 06.11.2013): „Es fehlen die passenden Azubis“. Auch trotz des Doppelentlassungsjahrgangs G8/G9 fehlen die Auszubildenden. „Zwischen Lehrstellen-Angebot und Bewerbernachfrage klafft in der Region nach wie vor ein großes Loch. Auf 4 357 Bewerber kamen im Agenturbezirk Kassel im vergangenen Jahr nur 3 417 Stellen. ... Trotz des Überhangs müssen Betriebe immer häufiger nach geeignetem Nachwuchs suchen. ‚Das ist ein Alarmsignal für Industrie, Handwerk und Handel in der Region‘. sagt Detlef Hesse, Leiter der Agentur für Arbeit Kassel. ... Oft passen Bewerber und Ausbildungsstellen nicht zusammen. ‚Die Ausbildungsberufe spezialisieren sich und werden komplexer. Da wird es schwerer, für jeden Topf den passenden Deckel zu finden‘.“

Jeder Monatsbericht der Arbeitsagentur zeigt das gleiche Bild: Arbeitskräfte werden gesucht, „Viele Lehrstellen sind noch frei.“ Die Zahl der 2 317 offenen Stellen belegt, dass „von den Arbeitgebern Qualifikationen nachgefragt werden, die unter den 19 623 Erwerbslosen nicht zu finden sind“ (HNA 29.05.2014). Lehrstellen sind frei und den Arbeitssuchenden fehlen die erforderlichen Qualifikationen. Die Rechtschreib- und Rechen-Kenntnisse sind oftmals unzureichend, ebenso die Grundkenntnisse in Physik und Chemie. Das Bildungs- und Ausbildungssystem versagt kläglich. Dazu kommt die mangelnde Integration von Kindern aus Randgruppen. Die Integration beginnt in der Krippe, Kindertagesstätte, Vorschule und Schule. Die qualitative und quantitative Ausstattung der Bildungseinrichtungen ist eine Aufgabe der Stadt. Dieser Aufgabe wird sie nur mangelhaft gerecht. Für Krippen, Kindertagesstätten, Vorschul- und Horteinrichtungen fehlen ausreichend qualifizierte Betreuer und Räumlichkeiten. Städtische Bauten verkommen. Für sie wird ein Sanierungsstau von 155 Mio. € angegeben.

So soll die für die Integration und den Stadtteil Bettenhausen wichtige Joseph-von-Eichendorff-Schule geschlossen werden. Dem Magistrat wird vorgeworfen, auf die Schließung der Schule gezielt hingearbeitet und „Die Zahlen manipuliert“ (HNA 18.02.2014) zu haben. Die Schuldezernentin geht auf die Vorwürfe nicht ein und wiederholt stereotyp: „Die Möglichkeiten zum Erhalt seien wiederholt geprüft und abgewogen“ und „in allen relevanten Gremien diskutiert“ (HNA 18.02.2014).

Kinder und Jugend sind Kassels Zukunft! Gute Bildung und Ausbildung sind erforderlich, sollen der Gewerbestandort Kassel und die Renten gesichert werden! Dabei hat die Stadt Kassel auf der ganzen Linie versagt. Schularbeitenhilfe für bedürftige Schüler können nur von wenigen Eltern bezahlt werden. Jugendeinrichtungen leiden unter den Millionen-Einsparungen im Haushalt der letzten Jahre. Selbst an einem Zuschuss der Stadt von 20.000 € scheitert die sozialpädagogisch betreute Einrichtung des Jugendcafés in der Treppenstraße. Damit wird nicht nur eine Jugendeinrichtung geschlossen, sondern auch die Arbeit einer Trägergemeinschaft ignoriert, obwohl die Stadt doch immer bürgerschaftliches Engagement und Subsidiarität einfordert. Die Aussage eines Jugendlichen: „Schade ist, dass die Jugendlichen jetzt mehr auf der Straße rumhängen werden. Ein offenes Ohr für ihre Probleme kriegen sie so wie im Café auch nicht mehr“. Oder eine andere Aussage: „Ich verstehe nicht, wie das Café nicht weiter finanziert wird. Orte, wo Jugendliche sich aufhalten können, werden in Kassel zu wenig geboten“ (HNA 13.03.2014). Die Stadt hat weder für die Schulentwicklung noch für die Jugendarbeit ein Konzept, das die Emanzipation und Integration der Heranwachsenden in die Gesellschaft, und damit auch in den Arbeitsprozess fördert.

Ein weiterer Standortnachteil für einen Investor ist die unattraktive Innenstadt, die Verarmung des Angebots (statt Fachgeschäften billige Kettenläden, Fastfood und Ramschläden wie dem 1 €-Laden gegenüber dem Rathaus) und das Erscheinungsbild. In der gesamten Stadt ist die Infrastruktur vernachlässigt, Straßen und die kommunale Bausubstanz sind renovierungsbedürftig, die Brachen werden nicht einer neuen Nutzung zugeführt und stellen städtebauliche Schandflecken dar.

Nicht die Stadt schafft Arbeitsplätze, sondern Unternehmer. Wenn qualifizierte Arbeitskräfte fehlen und zusätzlich die Stadt unattraktiv ist, mögen noch so viele Bauplätze angeboten werden, der Unternehmer wird sich überlegen, ob er sich in Kassel ansiedelt und damit Arbeitsplätze schafft.

Die Stadt behauptet: Es gibt zusätzliche Erträge aus dem Grundstücksgeschäft und höhere Steuereinnahmen!

Der Spatenstich zur Erschließung des Langen Feldes befeuerte die Phantasien der Magistratsmitglieder. „Bei vollständiger Vermarktung sei mit einem Gewerbesteuerzuwachs im zweistelligen Millionenbereich zu rechnen“, sagt Barthel. Hinzu kämen Einkommensteueranteile durch neue Arbeitsplätze.“ OB Hilgen sekundiert: „Die Vermarktung der Fläche beginne 2017“ und „Einen Großinvestor gebe es bereits, man stünde in Verhandlungen“ Die HNA triumphierte: „Alles gut gelaufen!“ (HNA vom 29.05.2014).

Was ist von den Aussagen „Gewerbegebiet bringt Steuer-Millionen“ und „Geldquelle sprudelt bald“ zu halten?

Die Stadt behauptet etwas, macht aber die Grundlagen ihrer Annahmen nicht transparent. Wann ist bald? Wie sieht die Gegenüberstellung von Kosten und Erträgen aus? Wir haben eine Kosten-Nutzen-Analyse gefordert. Weder Stadtverordnete noch die Regierung (RP und Land) haben diese Forderung aufgegriffen. Sie lassen sich mit vagen Aussagen und Phantasereien der Stadt abspeisen. Damit werden sie ihrer Verantwortung nicht gerecht.

Der Kämmerer ist schon jetzt von der Aussage abgerückt, dass die Grundstücke noch gewinnbringend verkauft werden können. Diese Behauptung ist sowohl in der Machbarkeitsstudie zu finden, in der Begründung zum Bebauungsplan aufgeführt und auch im Schreiben der Fraktion der Grünen vom 20.11.2013 noch behauptet. Jetzt träumt der Kämmerer noch von Steuer-Millionen. Er müsste es besser wissen. Durch Gutachten ist nachgewiesen, dass in der Mehrzahl der Fälle die Ausweisung von Bauland unrentierlich ist. Ein praktisches Beispiel aus dem Zweckverband Raum Kassel: das als Erfolgsmodell propagierte Güterverkehrszentrum (GVZ) weist in der Kosten- und Finanzierungsübersicht vom 29.11.2013 einen Deckungsfehlbetrag von ca. 5,16 Mio. € aus.

Die Kostenentwicklung des Projektes Langes Feld:

1. Machbarkeitsstudie Planquadrat Dortmund, Januar 2005

Tab. 5: Übersicht Investitionsaufwendungen Gewerbegebiet „Langes Feld“ in Euro

Gesamtmaßnahme	
Grunderwerbskosten ges.	3.395.000
Gesamtkosten Verkehrserschließung	18.299.000
Gesamtkosten Entwässerung	13.241.000
Gesamtkosten Grüngestaltung / Ausgleich	10.672.000
Summe sonst. Planungskosten	600.000
Gesamtkosten	46.207.000

(Quelle: Eigene Zusammenstellung Planquadrat Dortmund)

Insgesamt ist auf der Basis der getroffenen Annahmen mit einem Kostenvolumen von ca. 46,2 Mio. € zu rechnen. Dies entspricht einem Quadratmeterpreis von ca. 60 € (bezogen auf die vermarktete Grundstücksfläche von ca. 76,8 ha).

Auf der Grundlage dieser Kostenansätze wurde eine erste Wirtschaftlichkeitsbetrachtung von Planquadrat Dortmund angestellt. Dabei ist ein durchschnittlicher Verkaufserlös von 65 €/m² erschlossene Nettogewerbefläche angesetzt

Bei dieser Berechnung sind nicht berücksichtigt: Die Kosten der Wasser- und Energieversorgung, Telefon etc. mit der Begründung, dass sie über Gebühren finanziert werden.

Anmerkung: Nicht enthalten sind auch Verwaltungs-, Kapital- und Folgekosten, die Wertangabe der städtischen Grundstücke und die aus dem Grundstücksankauf resultierenden Zinslasten.

2. Begründung zum Bebauungsplanentwurf, 01.07.2010

Kosten in Euro

Bau- und Planungskosten der Standortentwicklung	37.840.000
Kosten Grunderwerb Stadt Kassel	13.100.000
Kosten Standortentwicklung	50.940.000

Die Kosten für die Versorgung des Standortes in Höhe von ca. 10,7 Mio. Euro sind in dieser Aufstellung nicht berücksichtigt und werden von den Versorgungsunternehmen vorfinanziert und durch Anschlusskosten, Infrastrukturbenutzungsgebühren und die Preise für Lieferungen wieder eingetrieben.

3. Angabe des Kämmerers

„Für die komplette Erschließung investiert die Stadt 70 Mio. Euro.“ (HNA 29.05.2014).

Was der Kämmerer unter „komplette Erschließung“ versteht, ist nicht nachvollziehbar. Sind das die der Stadt entstehenden Bau- und Planungskosten? Wie hoch sind die Grundstückskosten? Der Kämmerer muss sie doch bei seiner kaufmännischen Buchführung ermittelt haben! Hat er die Kosten der Versorgungsunternehmen mitgerechnet? Wie hoch sind die Verwaltungs-, Kapital- und Folgekosten?

Selbst bei den Kosten von 50.940.000 € aus der Bebauungsplanbegründung und einer veräußerbaren Fläche von 756.179 m² ergeben sich 67,36 €/m². Bei 70 Mio. € müsste der kostendeckende Preis bei 92,57 €/m² liegen. 2013 wurden Gewerbegrundstücke durchschnittlich aber nur mit 37 €/m² gehandelt. Selbst wenn die Stadt wie geplant die Grundstücke für 60 bis 65 €/m² verkaufen könnte, verbliebe ein erhebliches Defizit. Bei den in der Modellrechnung angenommenen Kosten sind nicht einmal alle Kostenarten erfasst.

Die wirtschaftliche Situation der Stadt Kassel

„Gewerbsteuer lässt die Stadtkasse klingeln.“ (HNA 28.01.2014). Diese Aussage suggeriert eine erhebliche Steigerung der Gewerbsteuer, doch in den letzten Jahren hat sich keine große Steigerung ergeben:

2010 Gewerbesteuer 163,9 Mio. €
2013 Gewerbesteuer 170,0 Mio. €.
2014 Gewerbesteuer 155,5 Mio. €

die Gewerbesteuer stieg dagegen

1999 von 73,0 Mio. €
2010 auf 163,9 Mio. €

Diese Daten korrelieren nicht mit denen des Verkaufs von Gewerbegrundstücken nach Gutachterausschuss:
1999 bis 2001 sind im Durchschnitt 6,5 ha,
2003 bis 2009 sind im Durchschnitt 5,5 ha
2011 bis 2013 sind im Durchschnitt 3,3 ha

jährlich verkauft. Die Gewerbesteuereinnahmen sind also nicht abhängig von den Grundstücksverkäufen. Die Steuern haben vielmehr bundesweit aufgrund der Steuerpolitik zugenommen.

Das überdurchschnittlich hohe Steueraufkommen der Stadt in den letzten Jahren hat nicht dazu geführt, dass die Stadt ihre dringendsten Aufgaben erledigt hat. Über Jahre hat es die Stadt bei ihren Gebäuden an der Instandhaltung mangeln lassen. Marode Kindertagesstätten, Schulen, Sportstätten und Verwaltungsgebäude wurden nicht saniert. Allein für die Gebäude ist ein Sanierungsstau von über 155 Mio. € entstanden, der sich bis 2031 auf 210 Mio. € aufsummieren wird, wenn wie geplant jährlich 6 Mio. € an Bauunterhaltung ausgegeben werden. Auch sind über 1 Mio. € Zuschüsse für die Gebäudesanierung nicht abgerufen und verfallen (HNA 08.03.2013). Die Straßenschäden sind offensichtliche Steine des Anstoßes: „162 Millionen Euro wären nötig, um weitgehend kaputte Straßen zu erneuern“ (HNA 09.12.2013).

Die Stadt hat erhebliche Schulden. Deshalb hat sie das Angebot des Landes, den Rettungsschirm, angenommen. Die Folge: die von der Stadt nicht durch Gesetz oder Verträge gebundenen frei verfügbaren Mittel für soziale Aufgaben, Kultur, Bildungseinrichtungen und Bildungsaufgaben werden eingeschränkt, die Zukunftsfähigkeit der Stadt Kassel beschnitten!

Für Prestigeprojekte ist Geld da

Was schert es die Politiker, wenn sie durch „Teure regionale Eitelkeiten“ (HNA 05.04.2013) auffallen. Trotzdem weihen sie ohne Skrupel, mit stolzeschwellter Brust ihre repräsentativen und teuren Projekte ein. Bestehende Bauwerke – einstmals bedeutende und wichtige Bauten und Infrastruktureinrichtungen – lassen sie verkommen. Der Bedarf für diese Prestigeprojekte ist häufig fragwürdig, zumal bestehende Bauten leer stehen. Geld wird verschleudert und steht nicht für benötigte Gebäude, Kultur- und Bildungseinrichtungen zur Verfügung. Aus purer Eitelkeit wird die Zukunft Kassels verspielt.

Einige Prestigebauten:

- Das Auestadion war seit 1983 Dauerbaustelle für einen viertklassigen Verein. In der letzten Bauphase ab 2003 wurden über 22 Mio. € investiert.
- Das Auebad - am städtebaulich falschen Standort im Naturschutzgebiet - sollte 24 Mio. € kosten, jetzt sind es über 32 Mio. €. Dafür mussten das Stadtbad Mitte und das denkmalgeschützte Hallenbad Ost aufgegeben werden, und die Freibäder in Wilhelmshöhe und Harleshausen sind noch nicht gerettet.
- Der Flughafen Calden sollte 2001 laut Planung für 70 Mio. DM (35 Mio.€) gebaut werden, wurde aber mit über 271 Mio. € wesentlich teurer. In diesem Jahr erwartet die Flughafen-gesellschaft ein Minus von 8,1 Mio. €. „Hinzu kommen die Gemeinwohlkosten von knapp 5 Mio. Euro. Macht zusammen 13 Mio. Euro“ (HNA 14.08.2014). Bei einem Anteil von 13% wird die Stadt mit 1,69 Mio. Euro belastet. Dagegen behauptet der Kämmerer: „Aber für die Stadt rechnet er sich finanzwirtschaftlich schon heute“ (HNA 30.06.2014).
- Das Grimm-Museum wird noch als repräsentativer Bau an dominierender Stelle auf dem Weinberg gebaut, anstatt bestehende Bauten zu nutzen oder kleinere Lösungen anzustreben.

- Das Lange Feld soll mit über 70 Mio. € erschlossen werden. Die Endabrechnung wird, wie die obigen Beispiele zeigen, auf über 100 Mio. € kommen – dabei sind die gebührenfinanzierten Maßnahmen, die kommunalen Folgekosten, die Umwelt- und Gesundheitsschäden nicht mitgerechnet.

Wie wird es weitergehen, wenn wichtige Wirtschaftsunternehmen in Kassel stagnieren oder Verluste schreiben?

Kali+Salz befürchtet aufgrund des steigenden Wettbewerbs einen Preisverfall bei hohen Produktionskosten. Die Börse reagierte empfindlich: Der Kurs stürzte um 29% innerhalb einer Woche (HNA 10.08.2013). Finanznachrichten: Kursziel fast gedrittelt. „Schweres Jahr für K+S“ (HNA 03.01.2014). Zusätzlich zum Kurssturz kommt das Grubenunglück in Unterbreizbach. Bis 2016 sollen 500 Millionen Euro eingespart werden.

SMA machte bisher 16 Mio. € Verlust und wird 680 Vollzeitstellen abbauen, unabhängig von den bereits schon abgebauten Stellen (HNA 09.08.2013). Hiobsbotschaften folgten in regelmäßigen Abständen. „Solarspezialist SMA fährt erneut Verlust ein - Umsatz sinkt, Defizit wächst“ (HNA 08.08.2014). Grund ist der Rückgang der Investitionen für die Erneuerbaren Energien nach der Koalitionsvereinbarung und nun nach dem Erneuerbare-Energien-Gesetz (EEG, Inkrafttreten der letzten Änderung: 1. August 2014). Es „legt jede dritte der bundesweit 900 Bürger-Energiegenossenschaften Investitionen auf Eis“. Dezentrale Energiegenossenschaften sollten die Energiewende voranbringen, doch die jüngste EEG-Reform bevorteilt vor allem die großen Energieversorgungsunternehmen. Dabei kämen für Kassel und die Region den erneuerbaren Energien besondere Bedeutung zu (HNA 08.09.2014).

Mercedes-Nutzfahrzeuge: Die Verluste in Südeuropa und Brasilien konnten ausgeglichen werden. Trotz positiver Aussichten streicht Daimler im Nutzfahrzeugsektor 2.100 Stellen (Handelsblatt 30.01.2013).

KMW und Rheinmetall: Die Situation der Rüstungsbetriebe ist ungewiss. Militärische Konflikte (Rußland/Ukraine, Islamischer Staat/Syrien/Irak), Missachtung der Menschenrechte (Arabische Halbinsel, Afrika) und der innenpolitische Druck erzwingen ein Umdenken in Rüstungsexportpolitik und damit einen drastischen Rückgang der Rüstungsproduktion. Einsparungen im Rüstungsetat und Fusionsgerüchte verunsichern zusätzlich.

Die Entwicklungen der aufgeführten Firmen sind Beispiele für die allgemeine wirtschaftliche Situation. Zudem sind sie – wie viele deutsche Firmen - stark exportabhängig, den Weltmarktschwankungen und der internationalen Konkurrenz ausgesetzt. Wer also soll auf dem Langen Feld investieren? Wer soll die Steuermillionen zahlen? Die Stadt geht immer noch von stetigem Wachstum aus, übernimmt sich mit Großprojekten. Die Folgen zu erwartender wirtschaftlicher Schwächen werden der nachfolgenden Generation überlassen.

Die Projektkosten für die Erschließung des Langen Feldes werden weiter steigen und die Grundstücke nicht absetzbar. Dazu kommen die Zinsen: die Stadt verschuldet sich weiter! Der Gewerbeflächenmarkt steht vor dem Zusammenbruch! Die Stadt hat teure Prestigeprojekte erstellt, sich verschuldet und die vorhandene, ererbte Bausubstanz, Kultur und Bildung vernachlässigt! Die allgemeine Wirtschaftslage lässt keine Spekulationen auf ein hohes Wirtschaftswachstum zu.

**Mit der Bebauung des Langen Feldes schadet die Stadt sich und ihren Bürgern!
Durch eine Bebauung des Langen Feldes werden Qualitäten der Stadt zerstört
oder beeinträchtigt!**

Klima

Dass über das Lange Feld die Stadt Kassel mit Frischluft versorgt wird, ist sinnlich wahrnehmbar. Die HNA (03.04.2014) meldete: „Güllegestank liegt über Zwehren: Anwohner beschwerten sich. Mastbetrieb in Rengershausen verantwortlich“. Bis in die Südstadt und bis zum

Elisabeth-Krankenhaus war der Geruch festzustellen. Unabhängig, ob der Güllegeruch vom Schweinemastbetrieb selber kommt oder von der vom Mastbetrieb verarbeiteten Gülle: er kommt über das Lange Feld! Ein Zeichen für die Bedeutung des Langen Feldes als Frischluftleitbahn.

Diese Erkenntnis hat sich vor der Fortschreibung des Regionalplans 2007/2008 in folgender Bestimmung niedergeschlagen: „Die im Regionalplan Nordhessen (71) festgelegten Bereiche für besondere Klimafunktionen dienen der nachhaltigen Sicherung besonderer regionaler Klimafunktionen. Veränderungen, die zur Beeinträchtigung oder Zerstörung der besonderen klimatischen Funktionen führen, sind unzulässig“. Und Flächen für eine Bebauung können nur „in Anspruch genommen werden, wenn in geeigneter fachlich-methodischer Weise – z.B. im Rahmen der Landschaftsplanung - nachgewiesen ist, dass keine nachteiligen klimatischen Auswirkungen entstehen“. Auch die Machbarkeitsstudie der Firma Planquadrat Dortmund vom Januar 2005 bewertet als Auswirkung einer Bebauung, dass beim Schutzgut Klima/Luft eine „Kompensation nur in geringem Umfang möglich“ ist. Und: „Die als Kaltluftentstehungsgebiet ebenfalls wichtige Hochfläche wird durch die geplante Bebauung ihre klimatische Ausgleichsfunktion weitgehend einbüßen und durch Flächenversiegelung und Überbauung als Überwärmungsgebiet wirksam.“

Alle seit 1974 vorliegenden Gutachten bestätigen die klimatische Bedeutung des Langen Feldes für das Kasseler Becken. Die Stadt Kassel wollte aber partout bauen und bestellte bei dem sich bei der Stadt Kassel schon bewährten Gutachter ÖKOPLANA ein neues Klimagutachten, um die Bebauung zu legitimieren. Das Klimagutachten liegt seit Anfang Dez. 2008 vor. Darin werden die Aussagen zur klimatischen Bedeutung des Langen Feldes für das Kasseler Becken aus den Vorgutachten bestätigt und die negativen Auswirkungen der geplanten Bebauung durch zusätzliche Schadstoff- und Klimabelastungen festgestellt. Dabei ignoriert der Gutachter die zu erwartenden Einschränkungen der Lebensqualität und Gesundheit der Bevölkerung und die Vorgaben aus dem Luftreinhalte- und Aktionsplan. Dennoch wird eine Bebauung mit Auflagen befürwortet.

Dieses Gutachten wurde Grundlage für die Fortschreibung des Regionalplanes, des Flächennutzungsplanes und des Bebauungsplanes.

Die Entscheidungsträger RP, Zweckverband Raum Kassel (ZRK) und Stadt ignorieren die Einschränkungen des ÖKOPLANA Gutachtens, denn die Bestimmungen des Regionalplanes besagen, dass „keine nachteiligen klimatischen Auswirkungen entstehen“ dürfen.

Neuere Gutachten wie die Klimafunktionskarte 2009 des ZRK bestätigen die Bedeutung des Langen Feldes für das Klima im Kasseler Becken: Auf der Grundlage der Darstellungen im Flächennutzungsplan als Zukunftsprognose für 2020 ist festgestellt: „Durch die Ausweitung der baulichen Flächenausweisungen sind in diesem Fall Veränderungen in Richtung Überwärmung (Langes Feld, Originale Teile Center und Sandershäuser Berg) zu beobachten. Diese Flächen tragen in Zukunft zur örtlichen Überwärmung bei und behindern den Luftaustausch. Zum einen mikroklimatisch, durch eine Erhöhung der thermischen Belastung vor Ort, zum anderen aber auch durch einen Einschnitt in das Zirkulationssystem des Kasseler Beckens. ... Im Vergleich ist der Eingriff im Süden Kassels am ‚Langen Feld‘ am größten. Die freie, anströmbare Fläche im Verbund mit Kaltluftentstehungsflächen wird durch eine – Bebauung in ihrer Funktion vermindert, da nur die Kaltluftentstehungsflächen an den Hanglagen in Richtung der Stadt Kassel bestehen bleiben. Dies kann zum Auftreten von Stagnationsflächen und Kaltluftseen führen.“

Das Klima im Kasseler Becken ist belastet. Die Auswirkungen der Bebauung des Langen Feldes auf das komplexe Klimageschehen dürfen nicht negiert werden, zumal die Bedeutung über das reine Klimageschehen weit hinausreicht. Auch ist der Klimawandel zu berücksichtigen. Die Ergebnisse sind im Projekt KLIMZUG-Nordhessen dokumentiert.

Die globale Erwärmung führt vermehrt zu Extremwetterlagen:

- Stürme und Starkregen
- Zunahme der Warmwetterlagen und Hitzewellen
- Abnahme der Niederschläge, aber Zunahme der Starkregenereignisse im Sommer
- Zunahme der Niederschläge bei Abnahme der Frost- und Eistage im Winter.

Hat die Temperatur seit 1901 um 1,0 °C zugenommen, zeigen die Berechnungen mäßige Veränderungen bis zum Zeitpunkt 2030/2035 auf. Ab diesem Zeitpunkt aber werden die prognostizierten Veränderungen stärker. Die im Rahmen des KLIMZUG-Projektes erarbeitete Klimafunktionskarte stellt eine klimatische Analyse für den Bereich der Modellregion Nordhessen dar.

Die Funktion des Langen Feldes als Frischluftventilationsfläche wird durch die Bebauung erheblich beeinträchtigt. Die schwachen Winde Fuldata abwärts erhalten über dem Langen Feld durch die Düsenwirkung des höher gelegenen Sattels einen zusätzlichen Schub. Sie werden dort durch frische Luft und Kaltluft angereichert und strömen weiter in die Stadtteile flussabwärts. Die Kaltluftproduktion mit ihren lokalen kleinräumlichen Klimaauswirkungen wird durch die Bebauung und durch die externe Erschließungsstraße erheblich eingeschränkt.

Auch ist zu berücksichtigen, dass sich Kaltluftproduktion und Luftventilation positiv beeinflussen. Die Versiegelung der Flächen durch Bebauung lässt keine Frischluft/Kaltluft mehr entstehen. Durch die Bebauung entsteht eine Wärmeinsel, die den Luftaustausch zusätzlich unterbindet, die Wirkung der verbleibenden Freiflächen ist fraglich.

Eine besondere Funktion kommt dem Langen Feld bei Inversionswetterlagen zu: „Wenn bei einer austauscharmen Wetterlage das Kasseler Becken durch eine Inversion abgeschlossen ist, führt der schwache Luftaustausch unterhalb der Inversion zu einer weitgehend einheitlichen Immissionskonzentration innerhalb des Kasseler Beckens“ (Luftreinhalte- und Aktionsplan).

Die komplexen Auswirkungen des Langen Feldes auf das Klima in Kassel und die Auswirkungen des Klimawandels sind nicht ausreichend in den Gutachten und von der Stadt gewürdigt, sondern es ist die komplexe Wirkung in einzelne Vorgänge aufgeteilt und jeweils einzeln beurteilt. Mit diesem Vorgehen werden die einzelnen Klimaerscheinungen – die sich auch jeweils auf einzelne Maßnahmen beziehen – in ihren Auswirkungen marginalisiert. So wird die Kaltluftproduktion unabhängig von ihrer Funktion für die Luftventilation beurteilt. Bei den Auswirkungen der Bebauung wird die nordwestliche Hangfläche als unbelastete Fläche für den Kaltluftabfluss herangezogen, obwohl über diese Hangfläche die äußere Erschließung geführt wird, sie damit für den Frischluftaustausch verloren geht.

Dazu Ökoplana im ersten Gutachten: „Entlang der Erschließungsstraße werden nicht unerhebliche Schadstoffmengen emittiert werden. Beiderseits der Straße können bis in ca. 150 m Entfernung Stickstoffdioxidimmissionen von mehr als 10% der Grundbelastung erwartet werden. Bei einer 800 m langen Fahrtstrecke mit je 150 m breiten Streifen mit nicht unerheblicher Schadstoffzusatzbelastung geht durch die Erschließungsstraße weiteres lufthygienisches Ausgleichspotenzial von ca. 24 ha verloren.“ Diese Angaben reduzieren sich im zweiten Gutachten auf ca. 18 ha durch die Annahme, dass weniger Kfz-Fahrten entstehen.

Im April 2013 fand die Abschlußkonferenz von KLIMZUG statt. Das Ergebnis: Das Klima ändert sich, und die Folgen sind auch bei uns in Nordhessen bereits spürbar. Es ist Zeit, dass wir uns aktiv mit den Risiken und Chancen des Klimawandels auseinandersetzen. In den Bereichen „Besiedelung, Altersstruktur oder Wirtschaftsstruktur ergeben sich daraus Verletzlichkeiten wie beispielsweise wirtschaftliche Risiken in den unterschiedlichsten Wirtschaftssektoren, gesundheitliche Belastungen für die Bevölkerung, Schädigung der Umwelt und Beeinträchtigungen der Infrastruktur. Diesen muss durch frühzeitiges, regionales Handeln der Akteure aus der Wirtschaft, der Verwaltung, der Politik, der Wissenschaft und der Zivilgesellschaft begegnet werden.“ (Nach KLIMZUG- Newsletter Nr.12)

Im Heft 11.2013 der Schriftenreihe der Naturschutzbehörde wird im Artikel „Auswirkungen veränderter klimatischer Bedingungen auf Mensch und Umwelt“ über KLIMZUG berichtet. Der Klimawandel und seine Auswirkungen werden beschrieben. Auch Maßnahmen zur Reaktion auf den Klimawandel sind angeführt. Es fehlen aber die Maßnahmen, die sich auf die Siedlungstätigkeit beziehen.

Auch Wetter.com beschreibt eine allgemein anerkannte Tatsache: „Extreme Hitzeperioden infolge des Klimawandels treffen Städte womöglich völlig unvorbereitet“.

Die Politiker und die Stadtverwaltung nehmen diese Tatsachen nicht zur Kenntnis. Bei allen Maßnahmen, die mit einem raumrelevanten Bezug durchgeführt wurden und noch geplant sind, werden diese Klimaanforderungen ignoriert. Zum Beispiel bei der Bebauung Schloß-äckerstraße, Grimmwelt auf dem Weinberg, Baumfällaktion Parkstraße, der Ausweitung der Verkehrsflächen Loßbergstraße und dem Gewerbegebiet Langes Feld.

Umweltbelastungen

Aufgrund seiner Beckenlage ist der Ballungsraum Kassel stark mit Luftschadstoffen belastet. Der Luftreinhalte- und Aktionsplan für den Ballungsraum Kassel stellt fest: „Für die Luftqualität eines urbanen Ballungsraumes ist neben den Emissionen die Be- und Entlüftungssituation von grundlegender Bedeutung“. Emittentengruppen sind Kfz-Verkehr, Gebäudeheizung und Industrie/Gewerbe von denen die Emissionen ausgehen, die in ihrer ununterscheidbaren Gesamtheit als Immissionen gemessen werden. „Immissionen sind auf Menschen, Tiere und Pflanzen, den Boden, das Wasser, die Atmosphäre sowie Kultur- und sonstige Sachgüter einwirkende Luftverunreinigungen, Geräusche, Erschütterungen, Licht, Wärme, Strahlen und ähnliche Erscheinungen“. Zum Schutz der Bevölkerung und der Umwelt sind Immissionsgrenzwerte festgesetzt.

„Immissionsgrenzwert ist ein Wert für einen bestimmten Schadstoff, der nach den Regelungen der §§ 2 bis 7 der 22. BImSchV [16] bis zu dem dort genannten Zeitpunkt einzuhalten ist und danach nicht überschritten werden darf“ (Luftreinhalte- und Aktionsplan). Die Grenzwerte sind politisch festgesetzt, in Gesetzen (zum Beispiel dem Bundesimmissionsschutzgesetz), Verordnungen (zum Beispiel der Verkehrslärmschutzverordnung) und Normen (zum Beispiel der DIN 18005).

Grenzwerte:

1. Ab 1. Januar 2010 sollte nach der Richtlinie von 1999 der mit $50 \mu\text{g}/\text{m}^3$ angegebene Tages-Grenzwert für Feinstaub an 7 Tagen im Jahr nicht überschritten werden. Nach Änderung der Richtlinie 2008 darf der Tagesgrenzwert jedoch wieder bis zu 35 Tage überschritten werden. Nach der alten Richtlinie wäre der Grenzwert in Kassel in jedem Jahr überschritten. Nach Änderung der Richtlinie ist seit 2010 in jedem Jahr der Grenzwert eingehalten.
2. Die Stickoxidwerte von $40 \mu\text{g}/\text{m}^3$ sind in Kassel in jedem Jahr überschritten.
3. Nach DIN 18005 (Schallschutz im Städtebau, Teil 1, Ausgabe Juli 2002) sind Orientierungsrichtwerte für reine Wohngebiete tags 50 dB(A), nachts 35 dB(A) von Industrie/und Gewerbe und 40 dB(A) von Verkehr. Verbindlich ist dagegen die Sechzehnte Verordnung zur Durchführung des Bundes-Immissionsschutzgesetzes (Verkehrslärmschutzverordnung - 16. BImSchV): Immissionsgrenzwerte sind danach in reinen und allgemeinen Wohngebieten tags 59 Dezibel (A) und 49 Dezibel (A) nachts.

Wenn die Politik erkennt, dass die Grenzwerte nur schwer einzuhalten sind, werden sie wie beim Feinstaub heraufgesetzt oder durch eine andere Verordnung mit höheren Werten abgelöst wie auch beim Schallschutz.

Die Grenzwerte der Luftbelastung sind bei Feinstaub (PM10) und Stickstoffdioxid (NO₂) in Kassel teilweise überschritten. Es ist „im Bereich des Kasseler Beckens der Kurzzeitgrenzwert für PM10 – zumindest in den Hauptverkehrsstraßen – verbreitet überschritten“ und „Die NO₂-

Belastung übersteigt an der Station Kassel-Fünffensterstraße im Jahresmittel den ab dem Jahr 2010 geltenden Immissionsgrenzwert „Jahr“ für NO₂“ (Luftreinhalte- und Aktionsplan). Die im Luftreinhalte- und Aktionsplan in Abbildung 28 dargestellte Verteilung PM₁₀ zeigt die stärkste Belastung in den dichtesten Siedlungsgebieten Innenstadt, Südstadt bis Niederzwehren und an den Hauptverkehrssträngen (A7 und Ausfallstraßen). Die NO₂-Belastung ist nach Abbildung 29 am stärksten konzentriert im Bereich der A7, der A49 im Bereich des Anschlusses Auestadion/Niederzwehren und der A44 im Bereich des Anschlusses Wilhelmhöhe. Der Luftreinhalte- und Aktionsplan ist 2006 erstellt und deshalb kann sich heute eine andere Verteilung ergeben; in der Tendenz wird sie ähnlich sein. Mit der gestiegenen Verkehrsbelastung wird sich an den Hauptverkehrsstraßen die Luftbelastung verstärkt haben, denn die Emissionen verteilen sich für PM₁₀ auf Kfz-Verkehr 56%, Industrie 22% und Gewerbe/Industrie 22%; für NO₂ auf Kfz-Verkehr 70%, Industrie 16% und Gewerbe/Industrie 14%. Neben der räumlichen Verteilung der Schadstoffe zeigt auch ihr prozentualer Anteil die Bedeutung des Verkehrs.

Als Reaktion auf die Forderung der EU-Kommission ist der alte Plan einer großen Umweltzone wieder in die Diskussion gebracht (HNA 02.03.2013). Ein solcher Plan wird in Verbindung mit der Zulässigkeit schadstoffarmer Autos diskutiert. Eine Umweltzone ist ohne Einbeziehung der Bundesautobahnen nur begrenzt wirksam. Es ist zumindest eine Geschwindigkeitsreduzierung für Pkw auf 80 km/h und Lkw auf 60 km/h auf den Autobahnen im Ballungsgebiet erforderlich.

Innerörtlich sind folgende Geschwindigkeitsbegrenzungen neben der Beschränkung auf schadstoffarme Fahrzeuge festzulegen: für Sammelstraßen und Hauptverkehrsstraßen 40 km/h. Auf allen anderen innerörtlichen Straßen sollten 30 km/h, bei besonders unübersichtlichen 20 km/h als Höchstgeschwindigkeit gelten; unabhängig davon sollte es auch den verkehrsberuhigten Bereich geben. Eine solche Regelung dient der Schadstoffreduzierung, der Verkehrssicherheit und schont den Straßenbelag.

Alarmierend ist die Nachricht: „Feinstaubbelastung leicht gestiegen - obwohl weniger Autos an Messstellen vorbeikamen“ (HNA 11.01.2014). „121 Tonnen Staub pro Jahr – Schadstoffkonzentrationen vor allem in Straßenschluchten mit viel Verkehr“ (HNA 15.04.2014). Dabei ist klimabedingt der Feinstaubgrenzwert bis heute schon 20mal überschritten!

Diese Belastungen werden sich durch den Klimawandel verschärfen und sollten die Stadtverantwortlichen alarmieren. Geradezu kontraproduktiv wird sich das Gewerbegebiet Langes Feld auf das Stadtklima auswirken. Der Luftaustausch entfällt weitgehend, Verkehrs- und Gewerbe-Immissionen werden zunehmen, das Gewerbegebiet und die zusätzliche Erschließung tragen zur Überwärmung bei.

Am Beispiel der Verkehrsbelastung:

Ausschlaggebend für die Luftbelastung ist das prognostizierte Verkehrsaufkommen. Kam es bei der Machbarkeitsstudie darauf an, die Zustimmung durch eine hohe Beschäftigung zu erlangen, musste bei der Überarbeitung für den Bebauungsplan das Verkehrsaufkommen reduziert werden, um die Auswirkungen des Verkehrs zu reduzieren. Dazu hat die BI ein alternatives Verkehrsgutachten in Auftrag gegeben.

Zunahme der Verkehrsbelastung durch den geplanten Gewerbestandort jeweils im Ziel- und Quellverkehr in 24 Stunden

Machbarkeitsstudie	9.000 Kfz
Bebauungsplan	5.800 Kfz
BI-Auftrag Regio Consult	9.025 Kfz

Die Zunahme des Verkehrs auf der A49 und der Frankfurter Straße bedeutet eine Zunahme der Luftbelastung sowohl durch Feinstaub als auch durch Stickoxid. Nach dem ersten Gutach

ten von Ökoplana sind die Grenzwerte für Stickoxid und Verkehrslärm teilweise überschritten. Beim Bebauungsplan sind dagegen nur noch einige Grundstücke von Verkehrslärm betroffen.

Anlagenbedingte Belastungen:

Der Gutachter stellt fest, dass von den anlagenbezogenen Immissionen für die umliegenden Wohngebiete keine erheblichen Nachteile oder erhebliche Belästigungen durch Luftverunreinigungen entstehen werden. „In Niederzwehren ergibt sich je nach Quellort eine max. relative Schadgasbelastung zwischen ca. 2 und 10%“ (Ökoplana).

Wenn alle Belastungsarten und die klimatischen Erscheinungen einzeln beurteilt werden und nicht in ihrem Zusammenwirken, kann jeweils einzeln festgestellt werden, dass der Eingriff durch die Erschließung und Bebauung des Langen Feldes sich wegen dieser Einzelbeurteilung nicht gravierend auswirkt.

Weder die Verantwortlichen der Stadt noch die Gutachter können verschweigen, dass eine zusätzliche Umweltbelastung von der Erschließung und Bebauung des Gewerbegebietes auf dem Langen Feld ausgeht, doch sie stufen diese zusätzliche Belastung als nicht gravierend ein und nehmen sie in Kauf! Bei den vorhandenen Belastungen, die eine Umweltzone mit entsprechenden Auflagen erfordern, stellen die zusätzlichen Belastungen eine weitere zusätzliche Gesundheitsgefährdung dar.

Gesundheit

Die Beachtung der Klimafunktionen ist kein Selbstzweck. Die Umweltbelastungen und Klima-einschränkungen führen zu erheblichen Gesundheitsrisiken, die durch den Klimawandel noch verstärkt werden. Es ist in der Zukunft mit Wetterextremen zu rechnen mit vermehrten Hitzeperioden in den Sommermonaten. Dies bedeutet schon auf der Grundlage der heutigen Situation eine Belastung des Herz-Kreislauf-Systems, die Gefährdung insbesondere von älteren Personen und Kindern, die Verlängerung der „Leidenszeit“ von Allergikern, neue Allergien durch Neophyten.

Am Beispiel der heißen Monate Juli und August 2003 ist vom Hessischen Landesamt für Umwelt und Geologie eine um ca. 50% erhöhte Sterberate der über 65-Jährigen festgestellt. (Dröge, Klimzug 2009)

Bei der Komplexität der Umwelteinflüsse lassen sich die Auswirkungen eines Stoffes wie z. B. Feinstaub auf eine konkrete Person nicht prognostizieren. Daher ist in epidemiologischen Studien mit Hilfe statistischer Verfahren der Wirkung bestimmter Stoffe nachgegangen. Zur Wirkung von Feinstaub liegen umfangreiche epidemiologische Studien vor. Unter anderem ist folgende Risikobewertung auf der Basis epidemiologischer Untersuchungen vorgenommen:

Kurzzeiteffekte bei einem Anstieg des PM₁₀ um 10 µg/m³

0,8%ige Zunahme der Krankenhauseinweisungen wegen respiratorischer Erkrankungen

3,0%ige Zunahme des Medikamentenverbrauchs

4,0%ige Zunahme der Hustensymptomatik (Quelle: WHO 2003)

Langzeiteffekte bei einem Anstieg des PM₁₀ um 10 µg/m³ bei einer Bevölkerung von 73,4 Millionen in F, CH und A

6% der Gesamtsterblichkeit (~ 40.000 Fälle)

30% der Bronchitisfälle bei Kindern (~ 543.000 Fälle)

2% der Krankenhauseinweisungen (~ 48.000 Fälle)

(Quelle: Künzli et al. 2002)

Nach Aussage von Prof. Dr. Eikmann: „Insgesamt scheint die chronische Exposition gegenüber PM (Jahre bis Jahrzehnte) mit einer deutlichen Verkürzung der Lebenserwartung verbunden zu sein. Nach Wichmann (2005): 10 Monate.“

Eine weitere Gefährdung ergibt sich für Herz- und Kreislauferkrankungen:
Seit 2000 werden Risikofaktoren für Herz- und Kreislauferkrankungen in Mülheim, Essen und Bochum durch Elektronenstrahl-Computertomographie (EBCT) untersucht. Das Ergebnis:
„Verglichen mit Studienteilnehmern, die mehr als 200 m entfernt von einer Autobahn oder Bundesstraße wohnen, ist die Chance, eine starke Arteriosklerose zu haben, erhöht um
63% für diejenigen, die innerhalb 50 m wohnen,
34% für diejenigen, die innerhalb 51 – 100 m wohnen und
8% für diejenigen, die innerhalb von 101 – 200 m wohnen.
(nach Heinz Nixdorf Recall Studie; Hoffmann et. al. 2007)“

Die besondere Gefährdung von Kindern ist in zwei epidemiologischen Studien von 4.150 niederländischen und 670 bayerischen Kindern nachgewiesen:

„Für jedes Kind Festlegung der individuellen Exposition PM 2,5 und Stickoxide NOx.
In beiden Studien zeigten sich eindeutige Zusammenhänge zwischen Otitis media (Mittelohrentzündung) und verkehrsabhängigen Luftschadstoffen.

- Risikoerhöhung um 13% - 24% bei Zunahme der Feinstaubbelastung um 3 µg/m³.
- Risikoerhöhung um 14% bei Anstieg von NO₂ um 10 µg/m³.

(Braun et. al. Environmental Health Perspectives 114, 1414-1418, 2006)“

Die Umweltbelastung in Kassel ist schon sehr hoch. Durch eine Bebauung des Langen Feldes wird der Luftaustausch behindert und es entstehen zusätzliche Belastungen durch Verkehr, Überwärmung und Abluft, die von der Überbauung ausgehen.

„Luftschadstoffe setzen Babys zu“ (HNA 26.03.2013). Lungenärzte schreiben dazu im Netz:
„Zusammenfassend gesagt kann eine hohe verkehrsbedingte Luftverschmutzung langfristig der Atmung schaden, insbesondere bei Kindern unter einem Lebensjahr ‚Die Entwicklung der Lunge ist zum Zeitpunkt der Geburt noch längst nicht abgeschlossen – sie braucht hierfür noch einige Jahre, wobei Atemwege und Lunge in dieser Zeit besonderen Schutz bedürfen‘, erklärt Prof. Morr“.

„WHO: Krebsraten steigen dramatisch – Gesundheitsexperten erwarten bis 2025 jährlich 20 Millionen neue erkrankte Personen weltweit“ (HNA 04.02.2014). Sie beruft sich auf den Welt-Krebs-Bericht. ZEIT ONLINE vom 23.03.2014 zitiert die WHO-Studie: „Millionen Menschen sterben an den Folgen von Luftverschmutzung“ und führt aus: „Im Jahr 2012 sind laut einer Schätzung der Weltgesundheitsorganisation (WHO) rund sieben Millionen Menschen weltweit an Erkrankungen gestorben, die mit verschmutzter Luft im Zusammenhang stehen. Luftverschmutzung sei inzwischen "die größte umweltbedingte Gesundheitsgefahr", sagte die Direktorin der WHO-Abteilung für öffentliche Gesundheit und Umwelt, Maria Neira. "Die häufigsten Todesursachen sind Schlaganfälle und Erkrankungen der Herzkranzgefäße, gefolgt von chronischen Lungenerkrankungen und Krebs.“

Das Landesamt für Natur, Umwelt und Verbraucherschutz Nordrhein Westfalen (LANUV NRW) hat 2011 die Ergebnisse einer Langzeitfeinstaubstudie vorgelegt, in der die Todesursachen in Abhängigkeit von der Exposition mit Luftschadstoffen dargestellt sind. Bei Frauen, die näher als 50 Meter an einer Hauptverkehrsstraße lebten, habe sich die allgemeine Sterblichkeit um mehr als 40 Prozent erhöht. Das Risiko an einer Herz-Kreislauf-Krankheit zu sterben, sei sogar um fast 80 Prozent gestiegen. Für die steigende Sterblichkeit an Lungenkrebs um 60% habe sich ein statistisch signifikanter Zusammenhang mit der Feinstaubbelastung ergeben. Zudem gebe es erste Erkenntnisse über einen Zusammenhang zwischen Luftschadstoffen und Diabetes-Erkrankungen. Der Abschlussbericht bestätigte die bereits im vergangenen November vorgestellten Untersuchungsergebnisse.

Luftschadstoffe sind im Zusammenhang von den Emittenten sowohl für Feinstaub, Stickoxid und Lärm zu beachten und in ihren kumulativen Auswirkungen zu bewerten, auch wenn sie in Gutachten isoliert betrachtet werden.

In der Sendung von ZDF Frontal 21 vom 06.11.2012 führt Herr Rokko Kim (Arbeitsmediziner im WHO-Regionalbüro Europa) aus:

- allein in Deutschland leiden 8 Millionen Menschen an Gesundheitsschäden durch Verkehrslärm
- ab 40 dB stellen sich Schlafstörungen, Tinnitus etc. ein
- über 55 dB muss man sich große Sorgen um Bluthochdruck und Herz-Kreislauf-Erkrankungen machen
- über 70 dB steigt das Herzinfarkttrisiko um 30%.

Zu ähnlichen Ergebnissen kommt Prof Eberhard Greiser. Die Bundesvereinigung gegen Fluglärm e. V. publizierte die Ergebnisse der Studie unter dem Titel: Lärm macht krank!

Die Untersuchung von Professor Greiser stützt sich auf die Daten von 809 379 Versicherten von sieben gesetzlichen Krankenkassen mit Hauptwohnsitz in der Stadt Köln, im Rhein-Sieg-Kreis und im Rheinisch-Bergischen Kreis. Ziel der Studie war es, mit Hilfe dieser Daten den Einfluss von Fluglärm auf die Verschreibung bestimmter Medikamente zu untersuchen. „Dabei hat sich gezeigt, dass sich sowohl die Verordnungshäufigkeit als auch die Verordnungsmenge relevanter Arzneimittel in Abhängigkeit von der Lärmintensität erhöht“, so Professor Greiser. Die Studie, die von sechs Professoren begleitet wurde, untersuchte Bürger, die mit Fluglärmdauerschallpegeln zwischen 45 und 60 Dezibel belastet sind.

In dieser Untersuchung wurden dabei Verschreibungen von Medikamenten gegen Bluthochdruck, von Arzneimitteln zur Behandlung von Herz- und Kreislauferkrankungen, von Tranquilizern, Beruhigungs- und Schlafmitteln erfasst. „Bei allen diesen Mitteln steigen Häufigkeit und Menge der Verordnungen mit der Intensität des Fluglärms, dem die Menschen ausgesetzt sind“, hat Eberhard Greiser festgestellt. Außerdem konnte der Wissenschaftler bei seiner Untersuchung beobachten, dass die schädlichen Wirkungen des Fluglärms sich bereits bei einer weitaus geringeren Lärmintensität bemerkbar machen, als in der Fluglärm-Synopse und der DLR-Studie angenommen. „Bei 48 dB(A) sehen wir schon maximale Effekte. Das ist ein Pegel, den die Autoren der anderen Studien noch für völlig vertretbar halten.“

Das Ergebnis ist eindeutig. Je höher die Lärmbelastung vom Fluglärm oder von anderen Verkehrsträgern ist, desto mehr Medikamente werden den Patienten verordnet. Vor allem Schlafmittel, Antidepressiva, Mittel gegen Herz-Kreislauf-Erkrankungen oder Bluthochdruck. Da der Fluglärm das Immunsystem schwäche, hätten sich in Flughafenregionen auch die Krebserkrankungen erhöht.

Das Regionalbüro für Europa der Weltgesundheitsorganisation (WHO) hat den Bericht „Krankheitslast durch Umweltlärm – Quantifizierung des Verlustes an gesunden Lebensjahren in Europa (Burden of Disease from Environmental Noise – Quantification of Healthy Life Years Lost in Europe)“ 2011 veröffentlicht.

Umwelt- und Gesundheitsexperten gehen davon aus, dass ca. 25% der Krankheitslast der Bevölkerung in Europa auf Umwelteinflüsse zurückzuführen sind. Die weit verbreitete Exposition gegenüber Straßen-, Schienen- und Fluglärm sowie Lärm von Industrie und Gewerbe haben ihren Anteil daran. Nach dem WHO-Bericht ist tagsüber jeder Dritte durch Verkehrslärm belästigt und jeder fünfte beim Schlaf gestört. Es besteht der epidemiologische Nachweis, dass diejenigen, die dauerhaft hohen Umweltschallpegeln ausgesetzt sind, ein erhöhtes Risiko für Herz-Kreislauf-Krankheiten haben. Lärm wird daher nicht nur als Umweltfaktor betrachtet, der die empfundene Lebensqualität beeinträchtigt, sondern auch als eine Bedrohung der öffentlichen Gesundheit.

Die Gutachten zur Belastungssituation und die Studien zu den Auswirkungen belegen, dass die Bebauung des Langen Feldes eine zusätzliche Belastung durch Feinstaub, Stickoxid und Lärm darstellen und sich auf die Lebensqualität und Gesundheit der Bürger Kassels auswir

ken: Mit der Erschließung und Bebauung des Langen Feldes nimmt die Stadt die Beeinträchtigung der Gesundheit und des früheren Todes seiner Bürger in Kauf. Um die zusätzlichen Krankenkosten und das persönliche Leid scheren sich unsere kommunalen Politiker auch nicht.

Wie ein Hohn liest sich die folgende Passage aus dem SPD-Parteiprogramm von 2007, dem doch der Magistrat und die Mehrheitsfraktion im Stadtparlament verpflichtet sein müsste: „Vorsorgende sozialdemokratische Gesundheitspolitik will Krankheit vermeiden, Gesundheit erhalten und Unterschiede in den Gesundheitschancen abbauen. Wir streben gesunde Lebensverhältnisse für alle Menschen an und fördern gesundheitsbewusstes Verhalten.“

Ökologie

Das Lange Feld ist ein Kumulationsraum mit großer, zusammenhängender landwirtschaftlicher Nutzfläche mit randlichen Gehölzgruppen, Staudenfluren, Streuobstwiesen, Feuchtflecken, Gewässern, bewachsenen Feldwegen, Feldrainen und Brachflächen: ein Lebensraum für Pflanzen und Tiere. Als Brut- und Rastgebiet ist es von regionaler Bedeutung. Das Lange Feld ist Landschaftsschutzgebiet.

Die hier besonders mächtige Lößauflage hat die Eigenschaft, Niederschlagswasser zu halten. Bei den klimabedingten Extremwetterlagen stellt das für die Zukunft eine besondere Qualität dar. Die landwirtschaftlichen Flächen eignen sich für die Produktion hochwertiger Nahrungsmittel.

Ende der 80er Jahre gab es Planungen, das Lange Feld ökologisch aufzuwerten und dort naturschutzrechtliche Ausgleichsmaßnahmen für Eingriffe in anderen Bereichen durchzuführen. Deshalb hat das Liegenschaftsamt Eigentümer angeschrieben und den Ankauf ihres Grundstücks angeboten: „Ihr Grundstück im ‚Langen Feld‘ liegt im Landschaftsschutzgebiet“ und „Die Stadt Kassel plant im Langen Feld ein Biotopvernetzungs-system.“ Zu einem solchen Zweck hat der ehemalige Eigentümer das Grundstück gern verkauft. Für die jetzt von der Stadt geplante Bebauung - so der ehemalige Eigentümer - hätte er es nicht verkauft. Ist der Ankauf unter Vorspiegelung falscher Tatsachen erfolgt?

Diese Planungen sind aufgegeben, da nach der Grenzöffnung bei Kassels Mittellage mit einem erhöhten Ansturm auf Gewerbeflächen gerechnet wurde und für das Lange Feld keine Bindung erfolgen sollte.

Der Umweltbericht zitiert den Landschaftsplan des ZRK von 2007

„Laut Landschaftsplan sind durch die Entwicklung eines Gewerbegebietes im Langen Feld hinsichtlich aller Schutzgüter negative Auswirkungen zu erwarten, eine besondere Betroffenheit wird für die Schutzgüter Mensch und Boden genannt.“

In der Machbarkeitsstudie von 2005 wurde festgestellt:

„Bezogen auf die hier zu behandelnden Schutzgüter ergibt sich folgende Bilanz:

- Schutzgüter Wasser und Landschaftsbild / landschaftsbezogene Erholung: Kompensation weitgehend möglich.
- Schutzgüter Boden und Pflanzen / Tiere / Lebensräume: Kompensation nur teilweise möglich.
- Schutzgut Klima / Luft: Kompensation nur in geringem Umfang möglich.

Und so bewertet der Umweltbericht zum Bebauungsplan die Schutzgüter Pflanzen, Tiere, Lebensräume:

„Kompensation der zu erwartenden Eingriffe im Hinblick auf die Lebensräume und Arten der Gehölze, Säume, Feuchtbiopte und Grünland durch die vorgesehenen Maßnahmen möglich.“ Wo bleiben Fasan, Rebhuhn, Kiebitz? Die Vögel der Offenlandarten, die dort ihre

Brutplätze haben, wie Lerche, Mönchsgrasmücke, Goldammer, Sumpfrohrsänger, Dorngrasmücke etc.? Oder die Greifvogelarten wie Mäusebussard, Milan- und Falkenarten etc., deren Jagdgebiet die offene landwirtschaftlich genutzte Fläche ist? Durch Ausgleichsmaßnahmen sollen neue Lebensräume für einen Teil der verdrängten Arten geschaffen werden. Werden sie ausreichen und auch angenommen? Fest steht: Lebensräume werden vernichtet!

Der Umweltbericht dient dazu, alle Eingriffe zu legitimieren. Als Kompensation werden – gemessen an der Bedeutung des Eingriffs - ungeeignete Ausgleichsmaßnahmen empfohlen und die verbleibenden Belastungen als nicht gravierend bezeichnet. Da sich der Umweltbericht auf fehlerhafte Gutachten mit falschen Aussagen bezieht, ist der Umweltbericht auch in diesen Punkten fehlerhaft. Als Beispiel werden für Ausgleichsmaßnahmen auch Wasserwirtschaftsmaßnahmen einbezogen, die sich durch ihre sterilen Planungsergebnisse auszeichnen – beim Rückhaltebecken Keilsberg zu besichtigen. Das Planungsziel scheinen die wasserwirtschaftliche Bedeutung und Pflegeleichtigkeit, aber nicht die Biodiversität.

Die Vielfalt in Flora und Fauna des Langen Feldes wird reduziert und typische auf den Acker angewiesene Tier- und Pflanzengesellschaften verschwinden!

Erholung, Ausgleichssport und Naturerlebnis

Im Stadtteil Niederzwehren fehlen wohnungsnah Erholungs- und Freiflächen. Um dem ungesunden Klima in der Siedlung zu entgehen, muss das ca. 50 m höher liegende siedlungserne Lange Feld aufgesucht werden. Die Bewohner Niederzwehrens und angrenzender Stadtteile sind zur Erholung und Bewegung in frischer Luft auf das Lange Feld angewiesen. Das Lange Feld wird für Ausgleichssport wie Joggen, Radfahren, Skaten, Wandern genutzt und dabei die Aussicht genossen.

Zum seltenen Naturerlebnis zählt auch die Vielfalt des Langen Feldes. Ackerfläche mit den typischen Feldbewohnern und der Rand mit Gehölzen, Feuchtgebieten etc. Hier kann noch stadtnah Niederwild, Hasen, Rehe, die Lerche und das Rebhuhn beobachtet werden. Die Vorgänge in der Natur und in der landwirtschaftlichen Produktion kann der Stadtbewohner erfahren. Auch die ausgeräumte Landschaft mit ackerbaulicher Nutzung stellt ein Alleinstellungsmerkmal in Stadtnähe dar.

Aus den Vereinsnachrichten der Turn- und Sportgemeinde Niederzwehren: „Die am häufigsten gestellte Frage am Abend der 10. Zwehrener Nordic-Walking-Nacht war: ‚Wie lange werden wir in dieser herrlichen Landschaft noch unserer schönen Sportart nachgehen können?‘ Denn am Tag zuvor hätte der 33. Zwehrener Abendlauf stattfinden sollen – er wurde u.a. abgesagt, weil einige Feldwege im Zuge der Bebauung des Gewerbegebietes von Baggern aufgerissen und unpassierbar waren. Das war’s denn wohl mit dem ‚Naherholungsgebiet Langes Feld‘“.

Behandlung der Bürgerinteressen / Bericht über die Aktivitäten

Seit 2007 ist die Bürgerinitiative „Pro Langes Feld“ wieder aktiv, nachdem sie sich in den 90er Jahren gegen die Ansiedlung von BMW auf dem Langen Feld gewandt hatte. Durch Veranstaltungen, Plakate und Informationsbriefe hat die Bürgerinitiative über die Bedeutung des Langen Feldes und die Planungsabsichten der Stadt informiert. Wichtige Stationen waren die Planverfahren, die jetzt zur Bebauung geführt haben.

In der Fortschreibung des Regionalplanes ist dem Antrag der Stadt stattgegeben, das Lange Feld zu bebauen. Unsere Einwände und Anregungen und alle fachlichen Stellungnahmen konnten gegen den politischen Druck die Darstellung im Regionalplan nicht verhindern. Vertreter der Stadt Kassel sind in der Regionalversammlung vertreten. Auch gegen die Änderung des Flächennutzungsplanes haben Bürger und Umweltverbände ihre Einwände geltend gemacht. Doch ihre Bedenken wurden weggewischt und die Bebauung als Muster einer Basta-Politik durchgesetzt. Im Vorstand des Zweckverbandes sind zwei Vertreter des Magistrats der Stadt Kassel vertreten.

Zum Bebauungsplanverfahren: Während der vorgezogenen Bürgerbeteiligung haben wir in Veranstaltungen und Stellungnahmen unsere Positionen zur Bebauung deutlich gemacht. Während der danach folgenden Offenlage des Bebauungsplanes, in der der Bebauungsplanentwurf eingesehen werden konnte, haben 290 Bürger mit ihren Einwendungen an die Stadt die Bebauung abgelehnt. In der Begründung zum beschlossenen Bebauungsplan wird die Arroganz der Macht deutlich dokumentiert: „Die vorgebrachten Bedenken zum Freiflächenverlust im Langen Feld durch die Inanspruchnahme für das Gewerbegebiet führen zu keinen Veränderungen der Planung“ (S. 46 der Begründung).

Für die Aktualisierung des Regionalplans und des Flächennutzungsplans mussten die hohen Hürden gegen die Bebauung ausgehebelt werden, die einen Eingriff verbieten in den Landschaftsschutz, die Bestimmungen zum Vorrang für besondere Klimafunktionen und den Regionalen Grünzug. Dazu wurden von der Stadt Gutachten in Auftrag gegeben. Diese gekauften Gutachten haben eine Bebauung des Langen Feldes als „machbar“ deklariert. Nur im Innern der Gutachterttexte wurden fachliche Bedenken und die Distanzierung von ihren Aussagen zur Bebauung verschlüsselt versteckt und in der Zusammenfassung der Gutachten nicht mehr aufgeführt. Die Summe der im Text dargestellten fachlichen Bedenken hätte eine Bebauung ausschließen müssen, während in der Empfehlung der Gutachter keine Bedenken gegen die Bebauung bestehen.

Die Bürgerinitiative hatte in mehreren öffentlichen Veranstaltungen auf die ökologische, klimatische und gesundheitliche Belastung durch die Bebauung des Langen Feldes hingewiesen und vor dem wirtschaftlichen Abenteuer gewarnt. Auch ist der demographische Wandel nicht ausreichend berücksichtigt. Die Einwohnerzahl in Kassel wird bis zum Jahr 2016 auf 195.000 Einwohner leicht ansteigen, dann jedoch bis ins Jahr 2030 wieder abnehmen auf ca. 182.000 Einwohner. Berücksichtigt werden muss auch die Bevölkerung in der Region, denn viele Arbeitnehmer der Region pendeln zum Arbeiten nach Kassel. In der HNA (16.09.2014) ist die negative Bevölkerungsentwicklung im Landkreis Kassel dargestellt. 2013 hat der Landkreis Kassel 854 Einwohner verloren. Laut Prognose wird der Landkreis Kassel 2030 nur noch 208.000 Einwohner haben.

Seit der Veröffentlichung der „Grenzen des Wachstums“ ist das Leitbild der Politik: Nachhaltigkeit. Dazu Prof. Meadows vor der Enquete-Kommission des Deutschen Bundestages in seiner 11. Sitzung, 24.10.2011 (nach dem Protokoll):

„Bereits 1972 habe der Club of Rome gesagt, das Wachstum müsse Grenzen haben. Leider sei es jedoch so, dass die Gesellschaft ein zu geringes Kapital bzw. zu geringe Bereitschaft für Wandel habe. Das Problem bestehe darin, dass man vorher die Kosten bezahlen müsse und erst nachher den Nutzen ziehen könne bzw. profitieren würde. Hinsichtlich des Begriffes der Nachhaltigkeit will er sodann erklären, warum es nach seiner Ansicht bereits viel zu spät ist, um diesbezüglich umzusteuern. Heute müsse man vielmehr von Widerstandsfähigkeit sprechen, also darüber, wie man unsere Gesellschaft in die Lage versetze, diese Übergangsperiode schnell zu durchstehen.“ Und: „Sobald man beginne, sich Gedanken darüber zu machen, wie man dieses Wohlstandsniveau behalten könne und zeitgleich alle anderen, die sich noch darunter bewegen, auf eben dies selbe Niveau zu heben, so müsse man sich klar werden, dass dies nicht funktionieren könne. Dies sei eine Phantasievorstellung. Und diese Phantasie führe nicht zu konstruktiven Lösungen. Es sei viel sinnvoller, von der hohen Ebene herunterzugehen auf ein akzeptables Niveau. Das Ganze müsse natürlich auf eine ordentliche Weise geschehen, nämlich insbesondere friedlich, möglichst gerecht und mit möglichst wenig Umweltschädigung.“

Mit diesen Ausführungen wird der Begriff der Nachhaltigkeit abgelöst durch das Konzept der Resilienz. Bei der Nachhaltigkeit wird das bestehende Niveau beibehalten. Bei der Resilienz ist es erforderlich:

- sich auf die nicht mehr zu stoppenden Veränderungen einzustellen, zum Beispiel aus dem Klimawandel, den zunehmenden Umweltbelastungen, der Ressourcenverknappung, den wirtschaftlichen Einbrüchen und dem demographischen Wandel
- von dem hohen Niveau auf ein akzeptables Niveau friedlich, sozial gerecht und umweltverträglich herunterzugehen.

Prof. Meadows berichtet, wie politische Entscheidungen entstünden: „Zunächst werde entschieden, was eine Handlung sei, die akzeptabel sei. Danach werde entschieden, welche Faktoren man haben müsse, damit es eine Rechtfertigung für die postulierte Handlung gebe. Danach werde entschieden, welche Werte es für die definierten Faktoren geben müsse, damit die Handlung, die man setzen wolle, gerechtfertigt sei.“ Der berechtigten Kritik führte er seine Erfahrung an, die auch unsere Erfahrungen in der BI sind: „Wenn man diesen Menschen eine wissenschaftliche Studie vorlege, um ihnen zu beweisen, dass deren Rechtfertigung nicht haltbar ist, so werde halt eine neue Studie in Auftrag gegeben. Keineswegs seien sie dann bereit, ihre Handlungen zu ändern.“

Die Erkenntnis der Endlichkeit der Ressourcen hat zu programmatischen Aussagen und Vereinbarungen geführt: EU, das Parteiprogramm der SPD und der Koalitionsvertrag von CDU, CSU und SPD vom Nov 2005 fordern ein nachhaltiges Wirtschaften und einen sparsamen Umgang mit den natürlichen Ressourcen. Im Grundsatzprogramm der SPD von 2007 steht: Wir „widersprechen der Unterwerfung des Politischen unter das Ökonomische“, oder an anderer Stelle: „Gesamtwirtschaftlich ist nichts vernünftig, was ökologisch unvernünftig ist.“ Und „Wir wollen die natürlichen Lebensgrundlagen auch für kommende Generationen sichern.“ Oder die Einsicht: „Die heutige Lebensweise unserer industriellen Gesellschaften überfordert die ökologische Belastbarkeit der Erde“. Das SPD-Programm gilt noch, doch in der Koalitionsvereinbarung vom Nov. 2013 werden die Aussagen unschärfer: „Globale Ungleichgewichte, Klimawandel und der Verbrauch knapper Ressourcen erfordern ein neues, nachhaltiges Wohlstandsmodell“. Und: „die Knappheit natürlicher Ressourcen stellen uns vor neue Herausforderungen.“ Oder: „Wir wollen im Lichte der heutigen Herausforderungen ... eine neue wirtschafts- und wachstumspolitische Strategie entwickeln.“ Dagegen ist das Ziel der Bundesregierung im 2008 veröffentlichten „Fortschrittsbericht zur Nachhaltigkeitsstrategie der Bundesregierung“ wesentlich konkreter: „bis zum Jahr 2020 die Flächeninanspruchnahme ... auf 30 ha pro Tag zu senken“ (Difu 2011). Zur Zeit werden ca. 100 ha pro Tag in Anspruch genommen. Es besteht keine Aussicht, dass das Ziel erreicht werden kann. Die Politik geht darüber hinweg!

Auch in Kassel sind Programme entwickelt, die ähnliche Zielvorstellungen enthalten wie die Lokale Agenda 21 Kassel (veröffentlicht am 04.04.2008, Stand 23.06.2010):

- Die Stadt Kassel anerkennt die zentrale Bedeutung unversiegelter, in ihren Funktionen weitgehend unbeeinträchtigter Bodenflächen und Böden als unverzichtbare und nicht vermehrbare menschliche Lebensgrundlage.
- Ein sparsamer und schonender Umgang mit dem Boden bzw. mit unbeeinträchtigten Bodenflächen ist wesentliche Grundlage der städtischen Planung und städtischen Handelns auf den verschiedensten Ebenen.
- Ziel der Stadtentwicklung ist es, durch Reaktivierung von Brachflächen eine Inanspruchnahme bisher unbebauter Bodenflächen in den Außenbereichen der Stadt zu minimieren.
- Die Stadt Kassel und die Umlandgemeinden betreiben eine abgestimmte Siedlungspolitik mit dem Ziel des sparsamen und schonenden Umgangs mit dem Boden.

Die Arbeitsgruppe Flächenkreislaufwirtschaft im Umwelthaus Kassel hat die Initiative des vom BMBF finanzierten Forschungsprojektes REFINA aufgegriffen. Dort wird festgestellt: Der wirtschaftsstrukturelle, klimatische und demografische Wandel fordert ein Umdenken weg von der Siedlungsexpansion hin zur Bestandserneuerung: Flächenkreislauf durch Flächenrecyc

ling. Die Klimaanpassungsakademie hat im Rahmen des Verbundprojektes KLIMZUG (KLIMawandel ZUKunfts-fähig Gestalten Nordhessen) in Kooperation mit der AG Flächenkreislaufwirtschaft eine Vortragsreihe organisiert mit dem Ziel, Schritte zur Flächenkreislaufwirtschaft publik zu machen. Es handelt sich bei der Flächenkreislaufwirtschaft um ein neues Aufgabenfeld der Stadt- und Regionalentwicklung, einen integrativen Politik- und Steuerungsansatz, in dem alle Akteure und Instrumente in einem Handlungskonzept kooperativ den Verfahrens- und den Instrumenteneinsatz steuern.

Die Stadtverordnetenversammlung Kassel hat als Grundlage für die Stadtentwicklung das Konzept der Flächenkreislaufwirtschaft beschlossen. Jedoch die Arbeitsgruppe Flächenkreislaufwirtschaft hat im April 2014 festgestellt: die Politik der Stadt ist eine andere! Es werden Bebauungspläne für Baugebiete auf der grünen Wiese in einem aufwändigen, Personal und Mittel bindenden Verfahren beschlossen, statt suboptimal genutzte Gebäude und Brachen nach dem Konzept der Flächenkreislaufwirtschaft auf ihre zukünftige Nutzungsmöglichkeit zu untersuchen und entsprechend zu entwickeln.

Wir haben immer wieder auf die Forderungen aus den Programmen, Vorgaben und die Agenda 21 hingewiesen, doch unsere Hinweise wurden ignoriert und die Ausweisung des Baulandes als Aufgabe kommunaler Selbstverwaltung gerechtfertigt.

In seiner Neujahrsansprache bei der TSG Niederzwehren freute sich der OB Hilgen „über die geringe Gegenwehr der zwehrener Bürger beim nun beschlossenen Bau des Gewerbegebietes Langes Feld“. Und aus Anlass des Spatenstichs zu den Erschließungsmaßnahmen auf dem Langen Feld hob Hilgen das „Hohe Maß an Bürgerbeteiligung“ während der Planung hervor. (HNA 29.05.2014). Die intensive öffentliche Auseinandersetzung der BI mit dem Vorhaben der Stadt und die Eingaben und Aufforderungen an die Stadt zu fachlich/öffentlichen Diskussionen sind in zynischer Weise durch den OB verhöhnt worden.

Was aber versteht die Stadt unter Bürgerbeteiligung? Wir haben immer wieder die Bürger über Veranstaltungen mit Flyern, Plakaten, Infoblättern über unsere Bedenken informiert und Bürgerbeteiligung von der Stadt gefordert. Auf unsere Argumente und Anforderungen wurde nicht eingegangen.

Zu Beginn des Planungsprozesses hat die HNA einen Lesertreff am 12. Juni 2007 durchgeführt. Der Magistrat hat seine Begründung zur Bebauung vorgetragen: Das Ziel sei, angesichts der immer noch zu hohen Arbeitslosigkeit in Kassel, neue Arbeitsplätze zu schaffen und damit der Stadt und ihren Menschen die Zukunft zu sichern. Die Vertreter der HNA haben ein Votum angefragt: In einer Abstimmung wurde die Bebauung einstimmig abgelehnt.

2008 hatte OB Hilgen die Bürgerinitiative zu einem Termin gebeten. Nach der Anhörung seiner Argumente, Mangel an Gewerbeflächen und Arbeitsplätze, hatten Vertreter der Bürgerinitiative auf das SPD-Parteiprogramm hingewiesen. Darin steht, dass wirtschaftlich nicht etwas vernünftig sein kann, was ökologisch unvernünftig ist. Herr Hilgen hielt an einer Bebauung des Langen Feldes fest. Er erklärte, dass er als Vertreter aller Kasseler Bürger macht, was er für richtig hält. Ihm sei dabei das Parteiprogramm der SPD egal. Die Bürgerinitiative könne ja klagen. Er räume der Klage aber keine Chancen ein, denn er kenne das Gericht, und die Stadt gewönne die überwiegende Zahl der Prozesse.

Die Stadt versteht unter Bürgerbeteiligung die Bürgerinformation in Informationsveranstaltungen, Information über das Internet und Werbeproschüren mit haltlosen Behauptungen zur Manipulation der Bürger und nicht die gemeinsame Suche nach der besten Lösung.

Wie zum Hohn lesen sich die folgenden Ausführungen im Kommunalwahlprogramm der SPD im Unterbezirk Kassel 2011 – 2016:

- Mehr lokale Demokratie wagen!
- Kassel ist die Stadt der politischen Beteiligung der Bürgerschaft.

- Kommunalpolitik muss offen, dialog- und lernfähig sein.
- Kommunalpolitik muss die Menschen einbeziehen und mitnehmen.
- Kassel atmet durch - gesund und ökologisch leben.

Die Stadt hat Bürgerbeteiligung verhindert und die Voten der Bürger ignoriert:

- Bei der Abstimmung auf dem Lesertreff wurde einstimmig gegen die Bebauung votiert.
- Bei der von der HNA initiierten Umfrage der Universität waren 34% gegen eine Bebauung, 31,2% befürworteten die Bebauung, 29,1% hatten keine klare Meinung und 5,7% war das Thema nicht bekannt. 68,8% der Befragten stimmen der Bebauung nicht zu.
- Vom Ortsbeirat Niederrhede wurde die Johann-Amos-Comenius-Schule gebeten, eine Befragung der Haushalte in Niederrhede durch die Schüler durchzuführen. Bei der Umfrage waren 44% gegen und 23% für eine Bebauung.
- Als Vorlauf zur Abwägung der Einwände zum Bebauungsplan durch Stadtverwaltung/-Stadtverordnete forderten wir ein Faktenfeststellungsverfahren nach dem Vorbild von Stuttgart 21. Nach der Veranstaltung vom 24.02.2011 zur Information über das Verfahren haben wir mit dem BÜNDNIS FÜR BÜRGERBETEILIGUNG IN UND UM KASSEL eine Eingabe an die Stadtverordnetenversammlung eingereicht. Entgegen dem Votum der auf der Veranstaltung anwesenden Parteienvertreter wurde unsere Eingabe zum Faktenfeststellungsverfahren von den Stadtverordneten abgelehnt.
- Die BI Pro Langes Feld hat in einer Eingabe: Windkraft statt Gewerbe auf dem Langen Feld vorgeschlagen. Die Eingabe wurde vom Eingabeausschuss nicht befürwortet und von der Stadtverordnetenversammlung abgelehnt.
- Mit fast 10.000 Unterschriften hatten die Bürger Kassels einen Bürgerentscheid gefordert, in dem sie gefragt werden sollten, ob die Stadt Kassel ihre Grundstücke auf dem Langen Feld einer Gewerbebebauung zuführen darf. Auf Vorlage von Oberbürgermeister Hilgen hat die Stadtverordnetenversammlung das Bürgerbegehren für unzulässig erklärt. Am 28. September 2012 hat das Verwaltungsgericht entschieden: das Bürgerbegehren ist unzulässig. Der Magistrat hätte die Initiative aufgreifen und eine Befragung der Bevölkerung durchführen können

Nicht der Bürgerwille ist akzeptiert, sondern mit formaljuristischen Mitteln hat die Stadt jede Bürgerbeteiligung verhindert. Als „Formaldemokrat“ hat der OB gegen den Willen der Bevölkerung die Bebauung durchgesetzt.

Die Normenkontrollklage ist aus formaljuristischen Gründen gescheitert. Als klageberechtigte Institution hatte der BUND mit Unterstützung der BI einen Rechtsanwalt mit der Klage beauftragt und die Abwägungsdefizite zusammengestellt. Nach Prüfung der Unterlagen hatte der Rechtsanwalt von einer Klageerhebung abgeraten. Der BUND hatte die Einwände im Beteiligungsverfahren zum Bebauungsplan vorgebracht. Jedoch hätte er sie mit den gleichen Worten ein zweites Mal während der Offenlage vorbringen müssen.

Immer wieder hat die Bürgerinitiative versucht, durch offene Briefe an die Stadtverordneten, Schreiben an das Regierungspräsidium und den Landtag, den Planungs- und Entscheidungsprozeß für Stadtverordnete und die Bürger öffentlich zu machen und Vorschläge zu Alternativen und zum Verfahren zu diskutieren.

- Nach dem Vorbild des GVZ und der Empfehlung des RP haben wir die Entwicklung Interkommunaler Gewerbegebiete vorgeschlagen, da im Zweckverband erhebliche Gewerbeflächenpotentiale bestehen.
- Innerstädtische Brachen, die auch als städtebauliche Missstände auffallen, stellen ein erhebliches Gewerbeflächenpotential dar. Mit Hilfe des Instruments der Flächenkreislaufwirtschaft und der Stadterneuerung können sie entwickelt werden.

- In der Petition vom 26.11.2012 an den Landtag hatten wir empfohlen, eine standardisierte Kosten-Nutzen-Analyse für Projekte in Gemeinden unter dem Schutzschirm des Landes im Schutzschirmgesetz und in der Schutzschirmverordnung zu verankern.
- Die im Haushaltsplan vorgesehenen Mittel statt für die Erschließung des Langen Feldes zur Substanzerhaltung sanierungsbedürftiger baulicher Strukturen einzusetzen. Die Erschließung des Langen Felds könnte dann erfolgen, wenn ein Investor eine wirtschaftlich unterlegte Option unterschreibt.

Alle unsere Initiativen wurden zurückgewiesen oder nicht beantwortet.

Mit **Verantwortung** ist zwar Macht verbunden, die Macht, eine Bebauung des Langen Feldes durchzusetzen. Die die Macht haben, haben auch die Fürsorgepflicht für die Bürger der Stadt. Verantwortung heißt, Pflichten zu übernehmen und öffentlich Rechenschaft abzulegen. Es ist die Verantwortung der Stadt gegenüber den Bürgerinnen und Bürgern, die Zukunft der Stadt und des Ökosystems zu sichern. Eine Bebauung auf dem Langen Feld ist nur schwer und aufwändig rückholbar. Deshalb sind die schlimmsten möglichen Folgen zu berücksichtigen. Weder der Magistrat noch die Stadtverordneten können sich der Verantwortung entziehen. Stattdessen schieben sie die Verantwortung auf andere: die Stadtverordneten verweisen auf den Fraktionsbeschluss oder den Magistrat; Magistratsmitglieder behaupten, nur den Stadtverordnetenbeschluss umzusetzen, obwohl sie zuvor mit gekauften Gutachten für eine fragwürdige Machbarkeit den Stadtverordnetenbeschluss vorformuliert haben. Wenn ein Unternehmer sich verkalkuliert, hat er den Verlust, im schlimmsten Fall einen Konkurs. Die Verantwortlichen der Stadt haften nicht! Nur deshalb können sie sich so verantwortungslos verhalten.

In der Süddeutschen stellt Frau Hamm-Brücher fest: „Wir haben eine Parteien-Oligarchie“. „Das Wahlrecht ist völlig abgehoben, vor allem durch die Nominierung von Kandidaten, die irgendwo in Hinterzimmern ausgeklüngelt werden. ... Und das Zweite ist, dass der Volksvertreter, sobald er gewählt ist, viel zu oft ein Funktionär seiner Partei oder seiner Fraktion wird - und nicht das ist, was im Grundgesetz Artikel 38 wirklich schön formuliert ist: Dass der Abgeordnete Vertreter des ganzen Volkes ist, dass er an Aufträge und Weisungen nicht gebunden ist und nur seinem Gewissen unterworfen. Dieses Gebot ist meilenweit entfernt von der Wirklichkeit im Parlament.“ (*sueddeutsche.de* vom 08.09.2010, 10:13)

Und in der Frankfurter Rundschau: „Alle Parteien müssen begreifen, dass ihnen der demokratische Staat nicht gehört. Partei kommt vom lateinischen Wort *pars* und das heißt ‚Teil‘ und nicht das Ganze. Parteien wollen immer den ganzen Besitz und die ganze Wahrheit. Aber das gibt es eben nicht. Deswegen kann eine Demokratie nicht nur auf den Parteien beruhen. Sie muss heute mehr denn je eine Bürgerdemokratie werden. ... Ich glaube, wir brauchen ein Demokratie-Watch.“ (FR vom 08.05.2011)

Als Mitglieder einer Bürgerinitiative haben wir erfahren, wie Politik funktioniert und welche Rolle der Bürger dabei spielt. Von Demokratie kann nur die Rede sein, wenn alle Gewalt vom Volk ausgeht. Formal haben wir eine repräsentative Parteiendemokratie. Faktisch eine Parteien-Oligarchie, wie Frau Hamm-Brücher sagt. Wir mussten erleben, dass die Gewaltenteilung ein hohler Anspruch ist. Am Beispiel der Petition vom 26.11.2012 an den Landtag: Wir hatten erwartet, dass bei der Gewaltenteilung die Parlamente in einer repräsentativen Demokratie als Legislative gesetzliche Normen beschließen und auch novellieren. Die vom Bürger gewählten Parlamentarier haben danach die Aufgabe, ihrem Gewissen verpflichtet, Normen vorzubereiten und zu beschließen, die das gesellschaftliche Leben regeln. Die Parlamentarier nehmen ihre Aufgabe nicht wahr! Sie verweigern die Diskussion mit den Bürgern. Die Landtagsabgeordneten haben unsere Petition an das Ministerium überwiesen, damit uns das Ministerium über die Sach- und Rechtslage unterrichtet. Die Rechtslage ist uns bekannt. Mit unserer Petition haben wir auf die Notwendigkeit der Ergänzung der gesetzlichen Regelungen hingewiesen.

Der Weg über die Parlamente durch Eingaben und Petitionen ist für uns gescheitert. Gerichtliche Verfahren scheitern für einen normalen Bürger an den Kosten und oftmals auch aus formaljuristischen Gründen. Hohe persönlich zu tragende Prozesskosten, teurer Anwaltszwang, juristische Verklausulierungen, spezielle Zuständigkeiten und enge Fristen ersticken alle bürgerschaftlichen Initiativen. Eine Gleichstellung der Möglichkeiten der Bürger mit denen der Exekutivgewalt wie einer Stadt muss durch Mittelzuweisung und/oder fachliche sowie juristische Beratung wie bei der Anwaltsplanung oder dem Faktencheck (bei Stuttgart 21) erfolgen. Ein anderes Modell könnten Regelungen wie beim Armenrecht sein. Die repräsentative Demokratie bedarf zusätzlicher basisdemokratischer Elemente, soll sie sich zu mehr Demokratie entwickeln und ihrem Legimitätsverlust vorbeugen!

Anmerkungen von Karl Jaspers aus dem Jahre 1966:

„Die Demokratie der Bundesrepublik wandelt sich vor unseren Augen. ... Wie werden wir regiert? Wer regiert uns? Woher kommen die Politiker? – Wie ist die Struktur der Bundesrepublik, nicht nur juristisch und in der Theorie, sondern im faktischen Geschehen – welcher Wandel vollzieht sich in der Struktur der Bundesrepublik? Es scheint: Von der Demokratie zur Parteienoligarchie, von der Parteienoligarchie zur Diktatur.“

Die Demokratie befördert ständig den Prozeß der Aufklärung.

„Parteienoligarchie dagegen heißt: Verachtung des Volkes. Sie neigt dazu, dem Volke Informationen vorzuenthalten. Man will es lieber dumm sein lassen. Das Volk braucht auch die Ziele, die die Olegarchie jeweils sich setzt, wenn sie überhaupt welche hat, nicht zu kennen. Man kann ihm stattdessen erregende Phrasen, allgemeine Redensarten, pompöse Moralforderungen und dergleichen vorsetzen. Es befindet sich ständig in der Passivität seiner Gewohnheiten, seiner Emotionen, seiner ungeprüften Zufallsmeinungen.

Die gemeinsame Schamlosigkeit der Parteienoligarchie spürt sich selber nicht. Die Parteienoligarchie fordert vielmehr Respekt, zumal die jeweils führenden Amtspersonen, Kanzler, Minister, Präsidenten. Wir alle, denken Sie, sind doch Vertreter des Volkes, wir können doch nicht schamlos sein. Wir sind durch die Wahl des Volkes geheiligt. Wer uns beleidigt, beleidigt das Volk. Kraft unserer Ämter haben wir die Macht und den Glanz der uns zukommt.“

Aus: Wohin treibt die Bundesrepublik, München 1966

Im Auftrag

Albert Pinkvohs